

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Steuerrecht	Anon	<p>- subj. Steuerpflicht: Ehepaar mit Tochter, Haus in BE, wann absteuert in Einkommensteuerpflicht, Frau in FR pendelt Steuerpflicht?</p> <p>Andere Anknüpfungspunkte?</p> <p>Wie ist es im Ergebnis?</p> <p>Wie ist es für Ehefrau?</p> <p>Würde sich etwas ändern falls Frau in FR Praxis (selbständig) bezieht? Was könnte Kt. Fr. besteuern?</p> <p>Wird Doppelbest. vermieden? Wie?</p> <p>Annahme: Mann ist CEO einer grossen Bank in ZH. Fändert das etwas? Unterschied "Angestellter" vs. "leitende Angestellte", wodurch wird was definiert?</p> <p>Wie verhält es sich mit Ehegattenbesteuerung?</p> <p>Gründung AG von 3 Pers. mit AN von 200 Mio, zu 1/3 geteilt von den 3 Pers. A+B überlassen in bar je 500'000, C bringt Grundstück ein (im Zukunftsvertrag mit 2 Mio, Kaufpreis vor 20 Jahren). Wie ist Gründungsbilanz? Spielt seine Rolle ab Verheiratsstand hier?</p> <p>Hat Gründung für Anhängige Steuerfolgen? Wie hoch sind stille Reserven? Wie sieht man das aus Sachverhalt?</p>	<p>Art 4 ff DBO, steuerlicher WS prägen Lebensmittelpunkt + steuerliche WS in BE Doppelbesteuerungsverbot</p> <p>Beschränkte Steuerpflicht, Aufenthalt, 4 (3) DBO, v. the: Doppelbesteuerungsverbot; Er wird nur in BE besteuert</p> <p>Für Frau kein Aufenthalt, da sie pendelt.</p> <p>Art 5, wirtschaftl. Anknüpfung: ja, wirtschaftl. Anknüpfung in FR, Besteuern auf 7 (2) DBO, beschränkt auf Einkommen</p> <p>Prüfen ob BE auch Einkommen besteuert. 7 (4) DBO, BE würde Einkommen aus selbst. Tätigkeit in Fr. nicht besteuern.</p> <p>Als CEO, leitend, mehr Verantwortung, Lebensmittelpunkt verschiebt sich nach ZH, unbeschränkt Steuerpflichtig in ZH, Frau unbeschränkt in BE</p> <p>Normalerweise werden Einkommen ausmengengeteilt (Fiktion addition). Es werden Einkommen addiert und zum Ehegattenanteil (unversch. nach Kt) besteuert.</p> <p>(zeichnet BE Gründungsbilanz)</p> <p>Ist gids. zulässig, aber Nachteil da stille Reserven nicht geschaffen würde</p> <p>Für A+B rein, bei C falls Liegenschaft im FR nicht</p> <p>A+B jeweils 500'000, C 200'000, aber Verheiratsstand auf 500'000 wenn er gleich viele Aktien hat - stille Reserven 300'000 ansonsten bei nur 200'000 Verheiratsstand: schenkung!</p>

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Bern. Staats- und Verwaltungsrecht	Müller Th.	<ul style="list-style-type: none"> - Untersuchungshäftling macht Missbrauch durch Aussetzen geltend, nach einer gewissen Zeit, sagt er habe die Sache dem Pfarrer erzählt ruft diesen nun als Zeugen ein? - Was für Verwaltungsrecht. Fragen? - Woher darf Pfarrer aussagen? - Wer ist Aufsichtsbehörde bei Belohnungsangelegenheiten? - Pfarrer weigert sich; was tun? - Art 58(4) PG: Wie geht jetzt die POM vor? - Kann das der Angestellte der POM von schriftlich aus machen? - Pfarrer sagt, er müsse aufpassen, dass er neutral bleibe, es sei nicht gut für seine Tätigkeit, wenn er im Strafverfahren aussagen müsste - Könnte es eine Rolle spielen, was es sich mit der Aussage auf sich hat - Wie findet POM heraus, ob es noch andere Beweise gibt? - Staw sagt Beweis nicht nötig, aber er besteht darauf? Spielt es eine Rolle für die Interessenabwägung? - Wie heisst es was POM Interaktion bei Abwägung macht? 	<p>- Anstaltspfarrer: Angestellter, Beamtenstatus Zeugenverweigerungsrecht, Pfarrer müsste Entbunden werden wie aber kein Probe</p> <p>- Ist geregelt, PG Art 58(2)(3) + (4): Unterliegt Amtsgeheimnis, vor Gericht braucht es Zustimmung der vorgesetzten Stelle → zuständig ist Aufsichtsbehörde</p> <p>Ja, POM. Hier ist es POM</p> <p>Neg. Antwort des Pfarrers an Aufsichtsbehörde bringen und beantragen, dass Pfarrer aussagen soll. Zunächst nur Bewilligung einholen.</p> <p>Gesuch an POM, POM muss eigenlich Ermächtigung erteilen, da keine Ausnahmen. POM macht Interessenabwägung.</p> <p>POM hat Stellungnahme vom Pfarrer ein</p> <p>Einerseits berechtigt da spez. Verhältnis zu Häftlingen, andererseits kann er damit Schaden abwenden → wenn off. Interesse, Aussage zu verweigern</p> <p>Ist nur subjektive Weitergabe der Aussage des Häftlings. Es ist lange her (verblasst die Erinnerung).</p> <p>Einnähen eine Stellungnahme der zust. Staatsanwaltschaft, ob Aussage wirklich entscheidend</p> <p>Nach 58(4) PG ist dann Interesse geringe</p> <p>Antizipierte Beweiswürdigung</p>

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Strafprozessrecht	Hofstetter	<ul style="list-style-type: none"> - A erstattet gegen Hühner X Strafanzeige wegen Urkundenfälschung. Später macht sie geltend dass auch Betrag. Staw erfüllt Strafbefehl auf Urkundenfälschung. Einsprüche, Staw will fol. Gericht setzen Staw Fikt sich zu Betrag zu äußern und allenfalls ergänzende Anlage einreicht einzureichen. Ist dies zulässig? - Vorab: Was wird als Anlageprinzip verstanden? - Auf was bezieht sich Umgrenzungsfunktion - Was heisst "fixiert"? - Anlagegrundsatz, noch weiterer Gehalt? Wie würde man das nennen falls Anlage und Richte in Personalunion? - Was ist Immobilitätsprinzip? Ab wann greift es? - Falls keine Ausnahme, wie kann das Verfahren noch enden? - Welche Vorschrift sagt, dass man nach Behandlung der Vorfragen nach einstellen kann? Ist 329 StPO einschlägig? - Rückkehr zum Fall: vorgehen zulässig? Was ist unterschied? - 333 (1 oder 2) StPO? - In welchem Verfahren befinden wir uns? Warum dann 333 StPO anwendbar? Welche Art? 	<p>§ 329, Umgrenzungs- Fixierung und Informationsfunktion</p> <p>Prozessgegenstand</p> <p>Immobilitätsprinzip</p> <p>Art Absolutisches Verfahren (Richt + Anlage getrennt)</p> <p>—</p> <p>Beschreibere - Sachverhalt muss angewendet werden 340(1) b StPO, Ausnahmen 343 StPO</p> <p>Freispruch, Verurteilung und Einstellung</p> <p>329(2) StPO</p> <p>Betrag wäre Änderung / Erneuerung der Anlage</p> <p>Bei Änderung wäre das Eingetragene nicht mehr vorhanden</p> <p>Art. 1</p> <p>2 Varianten: Falls Sachverhalt nicht ausreicht 333(1) oder andere rechtl. würdig</p> <p>- 352 ff StPO</p> <p>Bei Bestehen am Strafbefehl, wir sind im ersten Instanzverfahren, 356(1) iVm 333 StPO</p>

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
ZPO/SchKG	Rüetschi	<p>4a</p> <p>- X wurde in Verwaltungsrat gewählt. Aber die VR macht Sperrung. X will dennoch in Verwaltungsrat Präsi auf, sperrt trotzdem etc. Was tun?</p> <p>- Anfechtung des Beschlusses?</p> <p>- In welche Frist?</p> <p>- Zurück zu vorsorgl. Massnahmen:</p> <p>- Wo ist Verfügungsanspruch im konkreten Fall?</p> <p>- Wie und wo vorsorgl. Massnahme beantragen? Welcher Gerichtsstand würde man wählen?</p> <p>- Welche Rechtsbegehren</p> <p>- Was sind Voraussetzungen? Hier erfüllt?</p> <p>- Gericht sieht das nicht so: wie verfährt es?</p> <p>- Gegenseitiger sagt, Organe seien obgenannt und nicht zur Vernehmung befähigt?</p> <p>- Es ist aber auch materielle Frage: wie nennen wir das?</p>	<p>- vorläufige Massnahme</p> <p>- 706 OR nichtige GV Beschlüsse / anfechtbare Beschlüsse ist nichtige GV-Beschluss</p> <p>- 2 Annahme: Nichtigkeit + erh. Anfechtung zur Anfechtung bis 2 Monate nach GV</p> <p>- 26-11 OR: Ansprüche, Dringlichkeit, überwiegendes Interesse, Prognose, (b)</p> <p>- widerrechtl. Aussetzen, 28 ZGB</p> <p>- Art 13 ZPO, 20 ZPO</p> <p>- BE, da man hier ist</p> <p>- Sachl. Zust: Handelsgericht prüfen - 613 ZPO, Art 614 ZPO also Regionalgericht. Einreichen als Beauftragter bei Regionalgericht BEH Art 8(1) EGV ZG. Schlichtung X da Summaryverfahren, 248(b), 195(a) ZPO.</p> <p>- Dem X sei es zu verbleiben unter Strafandrohung von Art 292 StGB Persönlichkeitsverletzende Äusserungen gegen Art 2 Logo nutzen etc.</p> <p>- Das ganze sei supervisorisch zu erlassen.</p> <p>- 265 ZPO, besonders dringend. ja, hier oh.</p> <p>- es weist darauf ab um Superprovisorium und stellt idR Frist zur Stellungnahme</p> <p>- Ist doppelrelevant.</p> <p>- Prozessvoraussetzung: Prozessfähigkeit!</p> <p>- Doppelrelevant</p> <p>- 68 ZPO: Vernehmung ist nicht rechtmässig Tatsache</p>